



## **„Berufliche Bildung macht Karriere“ so lautete das Motto des diesjährigen vlbs - Berufsschultages**

Am 30. September und 1. Oktober 2016 fand der vom vlbs alle drei Jahre ausgerichtete Rheinland-Pfälzische Berufsschultag mit anschließender Delegiertenversammlung statt, dieses Jahr in Mainz. Unter dem Motto „Berufliche Bildung macht Karriere“ wurden die vielfältigen Möglichkeiten zur Qualifizierung an berufsbildenden Schulen und damit verschiedene Karrierechancen für Jugendliche und junge Erwachsene entsprechend ihrer individuellen Kompetenzen aufgezeigt.

Höhepunkte am Freitag waren die Grundsatzrede des Landesvorsitzenden Ulrich Brenken und der Festvortrag der Staatsministerin für Bildung, Dr. Stefanie Hubig.

Außerdem überbrachten die bildungspolitischen Sprecherinnen der im Landtag vertretenen Parteien Grußworte an die etwa 600 Lehrerinnen und Lehrer aus den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und an zahlreiche hochrangige Gäste aus Politik, Schulverwaltung und Wirtschaft. Am Nachmittag fanden 25 Arbeitskreise zu fachspezifischen und bildungspolitischen Themen und eine breit angelegte Lehrmittelausstellung an der Johannes Gutenberg-Universität statt. Über 200 Delegierte wählten am Samstag Harry Wunschel als neuen Landesvorsitzenden, entschieden über 110 Anträge und stellten die Weichen für die nächsten Jahre der Verbandspolitik.

In seiner Grundsatzrede stellte der Landesvorsitzende Ulrich Brenken fest, dass der aktuelle Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen von derzeit etwa 3 % immer noch doppelt so hoch ist wie der an allgemeinbildenden gymnasialen Oberstufen. Deshalb forderte er die Senkung des Unterrichtsausfalls durch Einstellung von Lehrkräften, insbesondere mit beruflicher Fachrichtung in Mängelfächern, zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Fachkräfteausbildung. Ulrich Brenken monierte, dass es selbst nach 25 Jahren verantwortlicher Bildungspolitik der SPD nicht gelungen sei, genügend Lehrkräfte in benötigten Fächern für die berufsbildenden Schulen auszubilden. Dazu merkte die Bildungsministerin an, dass selbstverständlich die 100 prozentige Unterrichtsversorgung im Fokus des Bildungsministeriums stehe. Die gegenwärtige Unterrichtsversorgung von 97 % sei allerdings der beste Wert seit es die Statistik gibt, und dies werte sie als einen Erfolg. Wir haben, so die Bildungsministerin, alle das gemeinsame Ziel einer zukunftsfesten Stärkung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Aufgrund des Fachkräftemangels ist es ihr erklärtes Ziel, die Unterrichtsversorgung durch die Einstellung von Lehrkräften mit beruflichen Unterrichtsfächern zu beset-

zen. Diese stehen allerdings auf dem momentanen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Es wäre unklug die gegenwärtige Versorgungslücke bei beruflichen Fächern mit Allgemeinbildnern zu schließen, um dann in den kommenden Jahren keinen Korridor für die Einstellung von Berufsbildnern zu haben. „Um die Lücke von 3 % zu schließen, wollen wir Lehrkräfte mit beruflichen Fächern einstellen, wir brauchen sie dringend. Und wir werden auch in Zukunft alle Lehrkräfte mit beruflichen Mangelfächern einstellen“, so Frau Dr. Hubig.

Trotz insgesamt zunehmender Schülerzahlen geht die Zahl der Auszubildenden weiter zurück. Deshalb forderte Ulrich Brenken die Ermöglichung von kleineren Berufsschulklassen zur Sicherung der Attraktivität der dualen Ausbildung auch in den ländlichen Bereichen und um die Standorte von Berufsschulen zu erhalten. Die Ergebnisse des Modellversuchs BS 20 zur Sicherung der dezentralen Fachkräfteausbildung sollen auf das gesamte Land übertragen werden. Dies bekräftigte auch die Bildungsministerin, indem sie die Berufsschule als „das Herzstück“ der berufsbildenden Schule würdigte.

Ulrich Brenken hob in seiner Rede hervor, dass die berufsbildenden Schulen einen wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern leisten. Neben Kenntnissen in der Zweitsprache Deutsch werden wichtige Bausteine zur Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung vermittelt. In der Berufsschule und in den weiterführenden Schulformen der berufsbildenden Schulen können diese Jugendlichen Ausbildungen abschließen bzw. höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Diese zusätzliche Aufgabe verlangt aber auch zusätzliche Unterstützung. Daher forderte er von der Politik u. a. die dringende Aufstockung von Sprachförderunterricht in den weiterführenden Schulformen und für ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, bevor Lehrverträge abgeschlossen werden.

Bildungsministerin Hubig bedankte sich in ihrer Rede ausdrücklich bei den berufsbildenden Schulen für die engagierte Entwicklung von Konzepten und Beschulung von mehr als 1900 Flüchtlingen an berufsbildenden Schulen. Dieses Konzept wird weiter entwickelt und bei steigenden Schülerzahlen mit zusätzlichen Lehrkräften unterstützt.

Bildungsgerechtigkeit soll gleichwertige Bedingungen für Unterricht über alle Schularten hinweg ermöglichen. Deshalb plädierte Ulrich Brenken dafür, die zusätzlichen Fördermöglichkeiten der Ganztagschule wirkungsgleich und bildungsgerecht auf die BBS zu übertragen - insbesondere auf das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufsfachschule. Weiterhin stellte der vlbs-Vorsitzende fest, dass zur Koordinierung in Realschulen plus 70 neue Stellen geschaffen wurden. Da die BBS hier deutlich hinter den Maßstäben der allgemein bildenden Oberstufen zurück liegen, besteht entsprechender Handlungsbedarf. Der vlbs beziffert das gesamte Defizit zum Nachteil der BBS auf etwa 100 VZ-Stellen, die in der ungebundenen Arbeitszeit geleistet aber nicht angerechnet werden. Dieses Vorenthalten von Ressourcen bedeutet eine Verhinderung von Bildungsgerechtigkeit.